

ELITE MACHT AFRIKA

INTERNATIONALE KONFERENZ DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG IN ZUSAMMENARBEIT MIT DER DEUTSCHEN WELLE UND DEM AFRIKA-VEREIN DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT, BERLIN, 14. OKTOBER 2008

„Für mich entscheidet sich die Menschlichkeit unserer Welt am Schicksal Afrikas“, hat Bundespräsident Horst Köhler in seiner Antrittsrede am 1. Juli 2004 gesagt. Unterstützung gibt es. Doch es reicht nicht aus, Gelder in Millionenhöhe nur bereitzustellen. Um nachhaltige Entwicklungsprozesse in den Ländern Afrikas voranzutreiben, müssen sich Strukturen ändern. Ein intensiver Diskurs über Entwicklungszusammenarbeit hat in Europa eingesetzt: Entwicklungspolitik muss effektiver werden. So lautete auch das Ergebnis der internationalen Konferenz „Elite Macht Afrika“, die die Konrad-Adenauer-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Deutschen Welle und dem Afrika-Verein der deutschen Wirtschaft am 14. Oktober 2008 in Berlin ausrichtete.

Zentrale Problemlagen

Wie kann Entwicklung vorangetrieben werden? Wie können demokratische Strukturen gedeihen? Wie kann Wirtschaft florieren? Wie können autarke Medien wachsen? Diese Fragen standen im Zentrum der Konferenz. Eine tragende Rolle für ein prosperierendes Afrika, so das einstimmige Ergebnis, käme in allen Bereichen den jeweiligen Eliten eines Landes zu. Afrika brauche seine Eliten – aber es brauche auch eine westliche Welt, die diese Eliten mit allen Kräften unterstütze. Denn das Selbstverständnis der Eliten, gewonnene Fähigkeiten für das Gemeinwohl und die Menschen ihres Landes einzusetzen, sei oft ambivalent, das Verhältnis zwischen Gesellschaft und Eliten in vielen Fällen äußerst fragil.

Es bedürfe enormer Anstrengungen, die gesteckten Entwicklungsziele zu erreichen, betonte Dr. Franz Schoser, Schatzmeister der Konrad-Adenauer-Stiftung, zur Einführung in die Diskussionsrunden. Denn die Bemühungen für die Entwicklungsziele stünden einer desillusionierenden Feststellung gegenüber: „Bisher, muss man nüchtern genug sagen, sind die Ziele nur beschränkt erreicht worden. Aber das ist auch der



*Dr. Franz Schoser,
Schatzmeister der
Konrad-Adenauer-
Stiftung, bei seiner
Begrüßungsrede*

Grund, warum wir uns in dieser gemeinsamen Veranstaltung der Thematik widmen wollen.“ Weiterentwickeln, so griff Schoser den Gedanken des Bundespräsidenten auf, müssten sich dabei nicht nur die Entwicklungsländer, sondern auch die Menschen in Deutschland, in Europa und den Vereinigten Staaten müssten lernen und bereit sein, sich zu verändern, neue Wege zu gehen. Schoser griff drei zentrale Problemlagen auf, die im Laufe der Diskussion vielfach wiederkehren sollten. Er appellierte für eine stärkere Beteiligung der afrikanischen Bevölkerungen an Rohstoffgewinnen, für den Abbau von Agrarsubventionen und Handelsbeschränkungen zu Lasten der Entwicklungsländer und forderte einen verstärkten Aufbau solider politischer Rahmenbedingungen.

Gegensätzliche Standpunkte

Wie komplementär die Standpunkte in der Debatte um Entwicklungszusammenarbeit jedoch sind, verdeutlichte Hans W. Meier-Ewert, geschäftsführender Vorstand des Afrika-Vereins der deutschen Wirtschaft: Das Demokratieverständnis und der Demokratieanspruch in der afrikanischen Bevölkerung schienen zu steigen, die wirtschaftliche Performance ließe sich mit einem Wachstum zwischen fünf und sechs Prozent sehen, das Interesse an Afrika insgesamt wachse –



Thomas Scheen, FAZ,
Itai Mushekwe, freier Journalist
aus Simbabwe, im Panel 1

zugleich gebe es aber auch Stimmen, die behaupteten, afrikanische Länder seien so abhängig wie nie zuvor. Deren Vorwurf laute, Entwicklungshilfe schaffe die neuen Fesseln. Tatsache sei, so fuhr Meier-Ewert fort, dass manche Staaten über 50 Prozent ihres Haushaltsbudgets von internationalen Gebern erhielten und die Geldströme bei manchen Eliten nicht ganz unwillkommen seien. Die Konferenz „Elite Macht Afrika“, so Meier-Ewert sei ein gutes Zeichen: „Zusammen können wir mit Sicherheit mehr bewegen, als jeder Einzelne.“

Haben die Eliten versagt?

Es ist ein zwiespältiges Bild, das Afrika erzeugt: Die Eliten hätten versagt, dieses Urteil fällt zumindest der Transformationsindex der Bertelsmannstiftung für 2008, der den Grad der Einführung freier marktwirtschaftlicher Ordnung und bürgerlicher Demokratie misst. Gleichzeitig jedoch bildet sich in den großen Metropolen wie Lagos oder Nairobi eine sozialpolitisch engagierte und produktive Mittelschicht. Tausende junger Afrikaner glauben an die Zukunft ihres Kontinents. Einer dieser jungen Menschen sei Mahamadou Koné, berichtete Christian Gramsch, Programmdirektor DW-Radio/DW-World. Koné habe für fünf Jahre im französischen Programm der Deutschen Welle gearbeitet und sei nun in seine Heimat Mali zurückgekehrt. Der Grund: Er wolle seine Erfahrung nun mit den Daheimgebliebenen teilen. Koné sei ein wunderbares Beispiel für die Verantwortung eines Einzelnen seiner Gesellschaft gegenüber – einer der Menschen, die ihrem Land ein Gesicht geben. „Das aber geht nur, wenn Gesellschaften die nötige Offenheit und Transparenz aufweisen, damit der Einzelne an Politik partizipiert, Chancen auf Bildung und Engagement überhaupt besitzt“, erläuterte Gramsch. Er erinnerte dabei an die Unruhen in Kenia unmittelbar nach den Wahlen im Dezember 2007 und das zähe Ringen in Simbabwe um eine Machtteilung. Diese Beispiele zeigten einen politischen Klientelismus, ein massives Festhalten an der eigenen Macht, selbst wenn es vom Volk ungewollt sei.

MEDIEN MACHEN MEINUNG

Eliten – sie sind überdurchschnittlich hoch qualifiziert, haben einen überdurchschnittlich guten Zugang zu Information und Bildung, verfügen über wirtschaftliche und politische Macht. Das Selbstverständnis dieser Eliten zu beschreiben, war die Intention der Konferenz „Elite Macht Afrika“. Diesem Anspruch gerecht zu werden – ein hohes Ziel. Afrika besteht aus 53 einzelnen Staaten, jeder mit seiner individuellen Konstellation und Struktur. „Die Gesellschaften sind natürlich ganz unterschiedlich verfasst und selbstverständlich unterscheidet sich auch das Selbstverständnis der Eliten“, führte Ute Schaeffer in das Panel „Medien machen Meinung“ ein.

Dennoch haben die Eliten dieser Länder eines gemein: Sie sollen ihr Land verändern, es vorantreiben. Ausgangspunkt der ersten Diskussionsrunde war dabei die Rolle der Medien: Welche Rolle spielen sie bei Entwicklung und Demokratisierung eines Landes? Welche Anreize brauchen junge afrikanische Eliten, um ihre Meinung medial zu verbreiten? Machen Medien Meinung? Es zeigte sich, dass unabhängiger Journalismus in vielen Ländern Afrikas von autoritären Machthabern erstickt wird. Darüber hinaus wurde deutlich, dass es keinen selbstbewussten, kritischen, unabhängigen Journalismus in Afrika geben kann, ohne die anderen, überaus vielschichtigen Herausforderungen in Afrika anzugehen.

Rolle der Zivilgesellschaft

„Wir können gute Ideen haben, aber wenn die Regierung der geistigen Elite keine Chance gibt, diese zu verwirklichen, sind Veränderungen nur schwer möglich“, sagte Fatoumata Sire Diakité, Botschafterin der Republik Mali in Deutschland. Eine Elite müsse alles tun, um die Zusammenarbeit mit der Regierung zu fördern. Zugleich aber wies die Botschafterin darauf hin, dass Wandel nicht alleine von Eliten herbeigeführt



*Christian Gramsch, Programmdirektor
DW-Radio/DW-World.de, Itai Mushekwe*

werden könne. Die Zivilgesellschaft spiele eine wichtige Rolle, sie bereite längst vor den Eliten den Boden für Reformen. Als Beispiel nannte Diakité den Machtwechsel in Mali nach der 20-jährigen Diktatur unter General Moussa Traoré im Jahr 1991. Durch die Unruhen im Land seien von der Bevölkerung bereits ab 1989 die Voraussetzungen für diesen Umbruch geschaffen worden – die Informationen zum Sturz des Diktators hätten sich zwangsläufig ohne die offiziellen Medien verbreiten müssen.

Journalisten in Gefahr

Wie gefährlich die Arbeit für Journalisten in vielen afrikanischen Ländern sein kann, schilderte darauf Itai Mushekwe. Der politische Journalist aus Simbabwe erfuhr im Oktober 2007, dass er selbst auf der schwarzen Liste, der „hit list“, der Regierung von Robert Mugabe steht, und lebt seitdem im deutschen Exil. „Der Auftrag, Bewusstsein zu schaffen, ist nicht einfach. Die meisten meiner Kollegen, die das versucht haben, sind verhaftet oder getötet worden“, erzählt Mushekwe. In Afrika gälten andere Spielregeln – man könne nicht außerhalb des Establishments öffentlich agieren, es gebe in Simbabwe immer noch die gleiche Regierung wie vor 30 Jahren, und diese habe einen eisernen Griff um die Medien. Die Aufgaben der Medien, eine Kontrollfunktion zu leisten, politische Themen auf die Agenda zu setzen und politische Partizipation zu ermöglichen, seien oft schwer zu erfüllen.

Medien als vierte Gewalt?

„Grundsätzlich, glaube ich, haben Medien in Afrika die gleiche Rolle wie sie sie anderswo auf der Welt auch haben: Sie sollen die vierte Gewalt im Staate sein“, erläuterte anschließend Thomas Scheen, der für die Frankfurter Allgemeine Zeitung als Afrika-Korrespondent in Südafrika arbeitet. Er berichtete von extrem ungleichen Ausgangsbedingungen im südlichen Afrika:

In Südafrika würden Medien tatsächlich als vierte Gewalt funktionieren, fühlten sich in dieser Rolle wohl und füllten sie auch aus, während es im angrenzenden Simbabwe kaum kritische Stimmen im Land gebe. Dass Robert Mugabe immer noch fast 50 Prozent bei Präsidentschaftswahlen gewinnen könne, habe auch damit zu tun, dass die Menschen in den ländlichen Gegenden für dumm verkauft würden. Ihnen würden Lügen aufgetischt und die übelste Propaganda untergejubelt. „Wenn sie heute mit oppositionellen Medienmachern aus Simbabwe sprechen wollen, dann müssen sie nach Johannesburg kommen“, so der Journalist. Politische Veränderungen könnten durch Eliten nur dann stattfinden, wenn die bestehende Politik es zulässt – und da sehe er keinerlei Fortschritte in Afrika.

Die pointierten Äußerungen Scheens provozierten jedoch auch Kritik, insbesondere von Diakité. Die malische Botschafterin monierte eine einseitige Berichterstattung über Afrika: über den Völkermord in Darfur/Sudan würde berichtet, über den Bürgerkrieg in Somalia, nicht aber über die guten Dinge. „Wir wollen nicht mehr, dass so über Afrika berichtet wird“, hob sie hervor.

Mehr jüngere Führungskräfte

Dass der Radius weiter gefasst werden müsse, um Eliten Handlungsfähigkeit zu ermöglichen, konstatierte dagegen Hakeem Jimo, der seit 2003 als Korrespondent für die taz und das ARD-Radio in Westafrika tätig ist. Eines der Grundprobleme seien alte Beamte in vielen afrikanischen Ländern. Die mittlere Führungselite müsse ausgetauscht werden, um tatsächliche Veränderungen zu bewirken. „Es ist nicht damit getan, dass man auf einmal einen Good Guy an der Spitze hat“, bemerkte er. Ministerialbeamte und Abteilungsleiter hätten viel Macht – und Korruption sei immer noch ein Problem. Die Verantwortlichkeit von Eliten sinke, je mehr sie sich von der Gesellschaft abkoppelten, zitierte Jimo Frank Schirrmacher.



Entwicklungshilfe als Hindernis?

Aber auch die Entwicklungshilfe selbst sei mittlerweile Teil des Problems, fügte Scheen hinzu. Sie unterbinde freien Unternehmergeist, schaffe Abhängigkeiten. Budgethilfe würde heutzutage auch deshalb bezahlt, damit die Geberländer endlich ein Anrecht darauf hätten, einen Blick in die Haushaltsführung der jeweiligen afrikanischen Staaten zu werfen. „Nach heutigem Werteverhältnis wurde in der Demokratischen Republik Kongo die fünffache Summe des Marshallplans investiert und es gibt keine Straßen dort!“, so Scheen.

Schlechte Rahmenbedingungen

Einer der Hauptgründe für die abgeschlagene Situation der Entwicklungsländer seien dagegen schlechte wirtschaftliche Ausgangsbedingungen und Agrarsubventionen, argumentierte Diakit. Aber es gebe Bemühungen: Die „Economic Community Of West African States“ (ECOWAS) sei eine fortschrittliche Organisation: Reisebeschränkungen würden gemindert, Zölle erlassen, die Volkswirtschaften integrierten einander zunehmend.

Anderer Meinung war diesbezüglich Scheen: „Wir reden ständig über Agrarsubventionen, aber wer hindert eigentlich Afrika daran, zuerst einmal einen eigenen Binnenmarkt zu schaffen?“ Natürlich sabotierten die Amerikaner und die Europäer den Markt, aber die malische Baumwolle sei qualitativ so hochwertig, dass sie auf einem internationalen Markt gute Preise erzielen könne. Noch viel höhere Gewinne aber könne die Baumwolle abwerfen, wenn sich Mali, Benin und Nigeria zusammenschließen würden, um ihr gemeinsames Handelsvolumen zu steigern. Diese Volumina würden dann auch auf dem Weltmarkt wahrgenommen, so Scheen. Und diese Wahrnehmung führe letztendlich auch zu einer verbesserten Verhandlungssituation bei der Durchsetzung politischer Ziele.

Zahlreiche Entwicklungspotentiale

Trotz dieser Schwierigkeiten, so Jimo, gebe es viele Möglichkeiten neuer Dynamik. Ein Beispiel seien die Diaspora-Eliten: Menschen, die im Ausland studiert und dort eine neue Mentalität kennengelernt hätten. Auf Elitenwandel nur aus dem Inland zu warten, hielt er für zu optimistisch. Aus Selbstschutz und Besitzstandswahrung drehten viele junge Leute ihre Fahne nach dem Wind, sobald sie einen Posten hätten. „Ich glaube, da sind die Leute von außen unabhängiger, sie sind detribalisiert, befinden sich nicht mehr in ethnischen Grabenkämpfen“, erklärte Jimo. Das junge Kapital aus dem Ausland dagegen müsse man nutzen.

WIRTSCHAFT WENDET

„Unterstützen Sie nicht die Regierung, wir brauchen keine Wohltätigkeit, was wir brauchen ist Unternehmergeist!“ schwärmte Andrew Mwenda, Journalist, Gründer der unabhängigen Internetplattform „The Independent“ in Uganda und früherer Mitarbeiter der Weltbank im Sommer 2008 bei einem Kongress in Berlin. Dieses vor Energie strotzende Zitat spiegelt sowohl die Stimmung als auch den Konsens bei der Debatte zum Thema „Wirtschaft wendet“ wider. Afrikas Wirtschaft wächst. Auch deutsche Firmen sehen zunehmend Marktchancen. Allmählich setzt sich in Europa und Afrika die Einsicht durch, dass nur die Förderung des Privatsektors eine florierende lokale Wirtschaft und damit eine nachhaltige Entwicklung leisten kann. Doch dazu ist Pionierarbeit notwendig.

Führungskräfte ausbilden

Einen Einblick, wie erfolgreich solche Pionierarbeit aussehen kann, gab Stefan Wolff, Geschäftsführer von „angoconsult“, einem Mikrofinanzdienstleister in Angola. Die Bank in Angola gehörte



*Hakeem Jimo, taz und ARD-Radio Westafrika,
Hans W. Meier-Ewert, Geschäftsführender Vorstand
Afrika-Verein der deutschen Wirtschaft*

zunächst zum Netzwerk der ProCredit Gruppe und wurde Ende 2007 an eine angolansische Geschäftsbank weiterverkauft. Entscheidend für den Aufbau eines deutschen Unternehmens in Afrika sei ein afrikanisches Mittelmanagement, unterstrich Wolff und verdeutlichte, wie afrikanische Eliten ausgebildet werden können. Sein Mitarbeiter Domingo Stawarisch sei ein Beispiel dafür. „Früher war Domingo Geldwechsler und lebte auf der Straße. Mittlerweile ist er nach drei Jahren harter Ausbildung souveräner Filialleiter und hat eine Verantwortung für 25 Mitarbeiter“, berichtete Wolff. Er sei ein schönes Beispiel dafür, dass es sehr wohl funktionieren könne, Managementfähigkeiten und auch Führungsfähigkeiten auszubilden. Für die Rekrutierung des Personals sei es wichtig, auf die individuelle Leistungsfähigkeit, wie auch die personelle, intellektuelle und moralische Integrität der Mitarbeiter zu achten. Aber auch die kulturelle Eingebundenheit in den lokalen afrikanischen Kontext sei elementar, um ein Unternehmen in Afrika erfolgreich zu etablieren: „Diese Integration können Sie als Deutscher in Afrika niemals schaffen, das können ihre afrikanischen Führungskräfte aber sehr wohl.“

Für die Bildung von Eliten in Afrika sei neben der Ausbildung die Schaffung von Aufstiegschancen für Fach- und Führungspersonal ein wichtiger Aspekt. In Afrika nicht immer eine einfache Aufgabe: „Wenn Menschen aufsteigen, wird der Druck aus ihrem familiären Umfeld häufig höher“, erläuterte Wolff. Die Mehrbeanspruchung durch die Familie sei ein nicht zu unterschätzendes Problem. Einen seiner Top-Führungskräfte habe der Unternehmer morgens einmal schlafend auf seinem Schreibtisch gefunden. „Er konnte schwer ‚nein‘ sagen“, so Wolff. Hindernisse gebe es auch, wenn der Aufstieg eines Mitarbeiters aus einer Gruppe dem Solidarprinzip widerspreche. Führungskompetenz auszuüben, falle Afrikanern in solchen Situationen nicht immer leicht. Allgemein stellte Wolff fest, dass durch Ausbildung innerhalb

eines Betriebes weitaus bessere Ergebnisse erzielt werden könnten, als durch das Anheuern von Personal auf dem freien Markt. Zwei konzerneigene Akademien habe das Bankhaus zu diesem Zweck eingerichtet – ein hohes Investment, aber es habe sich sehr gelohnt. Man müsse Eliten intensiv und international ausbilden und die Einstellung vor Ort strikt nach Leistung und sozialer Kompetenz regeln. „Es gibt keinen anderen Weg. Wir müssen durch diese Schwierigkeiten durch, wenn wir Eliten in Afrika aufbauen wollen“, betonte Wolff.

Von ähnlichen Erfahrungen berichtete auch Dr. Cesare Aspes, Geschäftsführer der Firma MACE Foods, die in Kenia und Ost-Uganda Anbau und Verarbeitung von Gewürzen, Kräutern und insbesondere die Trocknung von Chili betreibt. „Wer in Afrika so ein Projekt aufzieht, muss grundsätzlich einen lokalen Partner haben“, so Aspes. Als exportierendes Unternehmen sei in seinem Fall gleichzeitig aber eine Präsenz in Europa von großer Bedeutung: „Wenn die Kunden eine Frage oder eine Reklamation haben und sie drei Tage für eine Verbindung nach Nairobi brauchen, können Sie das Geschäft vergessen.“

Zunächst habe die Firma mit eigenem Ackerbau begonnen, dann aber feststellen müssen, dass es für das Land, wie auch die Firma von Vorteil sei, Produkte von kleinen Vertragsbauern einzukaufen. MACE Foods beschäftige heute 18 Angestellte, zwischen 50 und 100 Tagelöhner und rund 1.300 Kleinbauern. Ein grundlegendes Problem in Afrika sei es, integere Personen zu finden, die motiviert jeden Morgen zur Arbeit kämen und verstünden, dass ihr Erfolg und der Erfolg der Firma das Gleiche sind. Für die Motivation der Bauern, mit MACE Foods zusammenarbeiten, nannte Aspes zwei Gründe: Erstens bekämen die Vertragsbauern ihren Lohn direkt auf die Hand, sobald die Ernte geliefert würde; der zweite Grund sei, dass die Landwirte dieses zusätzliche Einkommen eigenständig erarbeitet hätten.



Ute Schaeffer, Deutsche Welle
Thomas Scheen, FAZ

Trade is Aid

Um einen Wandel in Afrika herbeizuführen, brauche man aber Tausende solcher kleinen Projekte, verdeutlichte der Unternehmer. Seine Kritik galt der öffentlichen Hand: 15 Kooperationsmöglichkeiten habe er geprüft, 14 davon hätten den Praxistest nicht bestanden. Die ‚United States Agency for International Development‘ (USAID) sei die einzige Organisation gewesen, die verstanden hätte, wie entwicklungspolitische Ziele mit privatwirtschaftlichen Zielen vereinbar seien. „14 von 15 Organisationen haben für die privaten Belange der Unternehmen kein Verständnis gehabt“, bedauerte Aspes. Sein Urteil: Entwicklungsagenturen seien langsam, bürokratisch und starr, die Mitarbeiter hätten einen geringen ökonomischen Sachverstand, die Programme seien praxisfremd. „Die öffentlichen Institutionen wollen Armut bekämpfen, aber sie betreiben das mit den falschen Mitteln. Wir möchten wirtschaftsorientiert arbeiten. Die Brücke zur Armutsbekämpfung läuft nicht über die Entwicklungszusammenarbeit“, konstatierte er. Er sei ein Privatmann, er habe Geld investiert, er wolle auch Gewinne erwirtschaften. Denn nur durch diese Gewinne könne ein langfristiges Überleben der Firma garantiert und den Bauern weiterhin ein zusätzliches Einkommen verschafft werden.

Hartwig Fischer, Abgeordneter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Mitglied des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, gab Aspes in vielen Punkten Recht, wandte aber ein, die Bundesrepublik sei in weiten Bereichen entwicklungspolitisch gut aufgestellt. Massive Schwierigkeiten gebe es in Bereichen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Von der deutschen Wirtschaft sei Afrika nie als interessanter Kontinent der Zukunft gesehen worden. Man habe sich auf die asiatischen Märkte gestürzt, ohne zu sehen, was andernorts möglich sei.



Hartwig Fischer

Afrikanische Vielfalt beachten

Ein weiterer Fehler sei, Afrika durchweg als homogene Einheit zu betrachten – man müsse viel mehr über die einzelnen Länder sprechen. „Wenn Sie Unternehmern sagen, welche Perspektiven

es in den einzelnen Ländern gibt, wo es Investitionsschutzabkommen gibt und ähnliches, dann können sie sie sehr schnell dafür gewinnen, sich auf dem afrikanischen Markt zu engagieren“, sagte Fischer. Sein Plädoyer galt dem Mittelstand: Nur mit mittelständischen Unternehmen könne eine Struktur aufgebaut werden, wie sie in Deutschland nach dem Krieg aufgebaut worden sei. Als Bundestagsabgeordneter versuche er daher, in seinem Wahlkreis Odenwald durch regelmäßige Besuche zusammen mit afrikanischen Botschaftern Unternehmern die Länder näher zu bringen. Einer seiner letzten Erfolge sei ein Firmeninhaber, der nun ein Unternehmen in Ruanda gründet, das in drei Städten die Wasser- und Abwasserversorgung übernehme – ganz ohne deutsche Mittel der Entwicklungshilfe. „Diese Firma, die der Mann gründet, wird er gleichzeitig als Ausbildungsfirma nutzen. Und das heißt, es wird ein deutsch-ruandisches Unternehmen sein, in dem später mit einheimischen Kräften weitergearbeitet werden kann.“ Noch mehr Engagement deutscher Unternehmer erwarte sich Fischer, wenn auch der Staat bereit wäre, bei der Finanzierung solcher Vorhaben, mehr Unterstützung zu leisten. Beispielsweise mit einem Zuschuss von zehn bis 15 Prozent der Investitionssumme in der Anfangsphase. Jemand der das Risiko eingehe, auf den afrikanischen Markt zu gehen, der sei eher bereit, dieses auch zu tragen, wenn dafür die Unterstützung vom Staate zugesichert würde: „Nicht nur die ideelle Unterstützung, sondern auch die materielle Unterstützung“, forderte Fischer. Es sei zwar wichtig, über DAAD-



*Fatoumata Sirè Diakitè,
Botschafterin Republik Mali*

Stipendien einen Austausch von Kulturen zu ermöglichen, für eine schnelle und effiziente Entwicklung in den afrikanischen Ländern sei aber viel wichtiger, Unternehmen zu finden, die bereit sind in einem solchen Land nicht als verlängerte Verkaufstheke Deutschlands aufzutreten, sondern als Betriebsgründer mit gleichzeitiger Ausbildung. „Nur so werden wir die Länder dort stabilisieren können, damit sie einen eigenen Markt aufbauen können“, so Fischer.

Zentrale Problemstellen

Von wissenschaftlicher Seite beleuchtete Prof. Dr. Robert Kappel, Direktor des German Institute of Global and Area Studies (GIGA-Institut), die wirtschaftliche Situation in Afrika. Untersuchungen zufolge bringe schon ein lokales Wirtschaftswachstum von ein bis zwei Prozent einen Einkommenszuwachs von drei bis vier Prozent. Dies könne bereits einen Multiplikatoreffekt auslösen. Fünf zentrale Problemstellen müssten dafür aber überwunden werden. Zunächst fehle es im informellen Sektor an Infrastruktur, Elektrizität, Finanzmitteln, Telekommunikationstechnologie. Eine Studie in Ostkenia habe gezeigt: Viele Kleinunternehmer hätten keine Kühlmöglichkeiten, könnten deshalb ihre Waren nur schwer in die Hauptstädte liefern. Es gebe im Schnitt nur ein öffentliches Telefon im Umkreis von zehn bis 15 Kilometern. Viele Afrikaner hätten zwar ein Mobiltelefon, könnten die Telefonkosten aber nicht bezahlen. Der Zugang zu Finanzen sei für die meisten Leute ein Lottogewinn. Die Mikrounternehmen könnten aber, wenn sie nur ein bis zwei Prozent höheres Wachstum im Jahr hätten, die Armut massiv reduzieren.

In Uganda habe des Weiteren eine Untersuchung Ergebnisse über die Situation von klein- und mittelständischen Unternehmen geliefert: Es fehle an Vertrauensbeziehungen. Obwohl Unternehmen seit mehreren Jahrzehnten Beziehungen zu anderen Unternehmen pflegten, würde bei jeder Transaktion Bargeld im

Auto zum Verkäufer transportiert, um die Ware damit einzukaufen. Kappel sprach von einem Flohmarktverhalten: „Sehen und kaufen, das ist eine der Realitäten!“

Entscheidend sei außerdem eine verstärkte Einbindung afrikanischer Produzenten in Wertschöpfungsketten und den Weltmarkt. Die afrikanischen Unternehmen profitierten dann stärker von internationalen Netzwerken, Wissen könne aus Europa oder den USA weitergegeben werden. Hindernis für einen gesteigerten Export afrikanischer Unternehmen seien aber sowohl die deutschen Standardvorstellungen für Waren, Beanstandung schlechter Arbeitsbedingungen und mangelnden Umweltschutzes durch Nichtregierungsorganisationen, als auch miserable Transportbedingungen und blockierende Zollverwaltungen. Missmanagement, mangelnde Auslastung von Betrieben und zu viele Angestellte seien ein weiteres Problem für die schlechte Performance vieler afrikanischer Betriebe. Die Produktivitäten seien durchweg zu niedrig.

Als letzten Punkt führte Kappel die mangelnde Sicherheit als Hindernis für florierende Wirtschaft an. Eine der größten Sorgen eines französischen Unternehmers, der in Westafrika tätig ist, sei die Sicherheit seiner Arbeiter auf dem Weg zur Firma. Ebenso wichtig, so Kappel, sei aber auch Rechtssicherheit, die in vielen afrikanischen Staaten nicht gegeben sei. Das Augenmerk solle in der Debatte um Entwicklungszusammenarbeit stärker auf Wirtschaftskooperationen gerichtet werden. Besserten sich die Verhältnisse in Afrika, sei das auch ein Eingangstor für neue Investoren. „Ich glaube, wir reden hier gegenwärtig viel zu viel über Armutsbekämpfung“, bilanzierte Kappel: „Natürlich ist Armut ein großes Problem in Afrika, wir wissen auch, dass sie steigt. Aber wie funktioniert der Mechanismus eigentlich? Wenn Unternehmen nicht wachsen, dann wird es kein nachhaltiges genuines Wachstum geben.“



Dr. Christian Ruck MdB, CSU, entwicklungspolitischer Sprecher CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Fatoumata Sirè Diakité

Rolle der Diaspora

Zum Abschluss der Runde stellte Grey Okute, Generalsekretär der „Nigerias in Diaspora Organisation“ (NIDO) dar, wie auch afrikanische Partner die Entwicklung in ihren Ländern unterstützten. NIDO, so Okute, sei ein globales Netzwerk mit Hauptsitz in London, das beispielsweise einen Fonds für Entwicklungsprojekte in Nigeria aufbaue. Darüber hinaus veranstalte die Organisation Seminare für Nigerianer in der Diaspora, biete ihnen Hilfestellung bei der Rückkehr in ihr Land, befasse sich mit den Themen Bildung, Globalisierung und Informationstechnologie. Für Nigerianer sei es aus zwei Gründen schwer, in ihre Heimat zurückzukehren, so Okute: Ein Hindernis sei die Militärregierung gewesen, die das Land über 30 Jahre beherrscht hatte, der andere, der noch immer bestehe, sei der Kulturschock, den Nigerianer erfahren würden, nachdem sie einige Zeit im Ausland verbracht haben. Im Ausland würden Nigerianer andere Kulturen und Gewohnheiten kennen lernen, die sie auch annähmen. Das Ziel von NIDO sei es, solche Barrieren abzubauen und gleichzeitig entwicklungspolitisch relevante Projekte voranzutreiben. „Mit unserer Erfahrung, unserem Wissen und unseren Kontakten hier in Europa versuchen wir auch, nach Organisationen und Firmen zu suchen, die Interesse an Nigeria haben oder bereit sind, dorthin zu gehen“, so Okute.

Das sei eine ganz neue Stoßrichtung für eine Diaspora-Organisation, bemerkte dazu Moderator Roman Nico Marfels vom Afrika-Verein der deutschen Wirtschaft. „Das ist neu, dass die Diaspora sich mit dem erklärten Ziel engagiert, in Deutschland ausgebildete Berufstätige und Akademiker in ihre Heimatländer zurückzubringen.“ Historische Parallelen sehe er nur im Fall Chinas, als dort 1979 die ersten Wirtschaftsreformen angestoßen wurden, die Rahmenbedingungen für Mitglieder von Diaspora-Organisationen sich verbesserten und schließlich massive Investitionen von Auslandschinesen in das Land zurück-

flossen. NIDO sei vielleicht ein erstes Zeichen dafür, dass so etwas bald auch in Afrika zu beobachten sei.

POLITIK GESTALTET

Wohlstand, Frieden, Sicherheit für Afrika – Aufgaben, die letztendlich nicht nur von Eliten in Medien und Wirtschaft bewerkstelligt werden können. In besonderem Maße sind auch die politischen Eliten gefordert, geeignete Rahmenbedingungen für eine langfristige und nachhaltige Entwicklung zu setzen. Klar wurde in der letzten großen Gesprächsrunde, dass politische Partizipation, Rechtsstaatlichkeit, dienliche Institutionen und nicht zuletzt Good Governance unerlässliche Voraussetzungen für politische Stabilität in afrikanischen Ländern sind. Dr. Hardy Ostry, Leiter des Teams Afrika/Naher Osten der Konrad-Adenauer-Stiftung, verwies in seiner Einführung jedoch auch auf die Frage, welche Möglichkeiten andere hätten, um politischen Eliten bei der Bewerkstelligung dieser Herausforderungen behilflich zu sein.

Eliten aufbauen

Die volle Bandbreite der entwicklungspolitischen Unterstützung sicherte Dr. Christian Ruck, Bundestagsabgeordneter für die CSU und entwicklungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion den afrikanischen Eliten zu, die sich der Wohlfahrt einer breiten Bevölkerung ihres Landes widmeten. Es gehe um die Beihilfe beim Erwerb von Know-How, bei der Einrichtung staatlicher Institutionen, bei Aus- und Fortbildung bis hin zur Politikberatung auf allen Ebenen. „Viele Staaten kämpfen mit Zerfallerscheinungen, mit rivalisierenden Eliten und Ethnien, mit oft fehlender Rechtssicherheit und mit einer Ausplünderung ihrer Ressourcen nach Ost-West-Manier“, beschrieb Ruck die desolate Situation in vielen Ländern Afrikas. Vor diesem Hintergrund sei es wichtig, eine langfristige Zusammenarbeit mit den Eliten aufzubauen. Eliten müssten gefördert und ausgebildet werden, die Vo-



raussetzungen für Elitenbildung müssten geschaffen werden. Mittel dazu sei eine flächendeckende Präsenz entwicklungspolitischer Organisationen wie der Stiftungen, des Deutschen Akademischen Austauschdienstes und der Kirchen vor Ort. Von zentraler Bedeutung für eine fruchtbare Zusammenarbeit mit lokalen Eliten sei jedoch, dass diese einen Wertkonsens mit entwicklungspolitischen Vorstellungen der Geber eingehen könnten.

Im Einzelnen nannte Ruck fünf Punkte für den Aufbau afrikanischer Eliten: Zunächst sei Hilfe für den Aufbau von Parteien, Parlamenten sowie staatlichen Institutionen wie beispielsweise Rechnungshöfen bedeutsam. Zweitens müssten militärische Einrichtungen wie auch die Polizei gefördert werden, um Sicherheit entstehen zu lassen. Ebenso sei Bildung, auch Grundbildung ein wichtiger Aspekt bei der Verbesserung der Bedingungen für Eliten in Afrika. Als vierten Punkt nannte Ruck den Aufbau einer Zivilgesellschaft, die an eine politische Kultur herangeführt werden müsse. Denn auch die Partizipation der Bevölkerung am Staatswesen sei eine Form von Checks und Balances. Und nicht zuletzt seien insbesondere die traditionellen Eliten in den Demokratisierungsprozess einzubeziehen.

Dennoch warnte Ruck davor, die Rolle der Europäer und der Entwicklungspolitik in diesem Prozess zu überschätzen. Zu oft seien für afrikanische Entwicklungsprobleme europäische Lösungen angeboten worden: „Ich glaube, dass wir von den Afrikanern stärker einfordern müssen, eigene Lösungswege für ihre Probleme zu konzipieren und einzugehen, die auch wirklich zu den afrikanischen Kulturen passen“, sagte Ruck.

Verantwortung für die Gesellschaft

Die Situation der politischen Eliten in Afrika beleuchtete im Anschluss Godwin Kingsley Chinkuli, Botschafter der Republik Sambia. Weite Teile des Kontinents seien

während der Zeit des Kalten Krieges zu einem ideologischen Schlachtfeld zwischen Ost und West reduziert worden. Abspaltung und Verstaatlichung hätten diese Epoche charakterisiert, der Sozialismus sei beispielsweise in Sambia als einzig mögliche Denkrichtung etabliert worden. Mit Beginn der 90er Jahre sei es zu einem demokratischen Transformationsprozess gekommen. Als eine Folge sähe man nun den ‚Wind of Change‘ und damit verbundene Veränderungen durch den Kontinent wehen: „Wahlen wurden eingeführt, die politische Teilhabe stieg an, zivilgesellschaftliche Bewegungen entstanden, die politischen Erneuerungen waren von wirtschaftlichen Veränderungen begleitet“, schilderte der Botschafter. Der Privatsektor hätte mehr und mehr eine Rolle in vielen Ländern Afrikas gespielt. Neue Wege seien eröffnet worden. Nun sei es wichtig, dass die politischen Eliten ihre privilegierte Situation nutzten. „Sie sollen der Impuls weiterer positiver Veränderungen sein“, so Chinkuli. Sie müssten dabei ihre Verantwortung gegenüber ihren Gesellschaften sehr ernst nehmen.

Wie zahlreich die Schwierigkeiten sind, vor denen entwicklungspolitische Akteure derzeit stehen, machte dagegen Ronald Meyer vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung deutlich: „Immer, wenn es Probleme gibt, wird nach uns gerufen. Und wir sagen natürlich auch, wir können alles, aber natürlich können wir nicht alles“, so Meyer. Man müsse auf afrikanische Eliten setzen, aber diese Eliten lebten auch in einem gewissen Umfeld unter gewissen Rahmenbedingungen, nicht im luftleeren Raum. Sie könnten Entscheidungen nicht immer so treffen, wie sie sich diese vielleicht vorstellten. Darüber hinaus seien politischen Eliten abhängig von Einnahmen von außen, hier spiele auch die Entwicklungspolitik eine große Rolle.

Zudem seien die traditionellen Eliten in Afrika am Anfang vernachlässigt worden. Man habe sie als traditionell und somit nicht modern wegdiskutiert und



*Tumenta F. Kennedy, Programmdirektor
Wittenberg-Zentrum für Globale Ethik*

dabei vergessen, dass sie auch eine wichtige Rolle in der Gesellschaft gespielt hätten. Ein weiterer Punkt, den man früher übersehen hätte, sei, dass es für Eliten nicht so viele Möglichkeiten gegeben hätte, außerhalb des staatlichen Sektors etwas in einem Land zu bewegen. Außerhalb des Staates Karriere zu machen sei auch heute noch schwierig: „Das war und ist in vielen Fällen noch nicht der Fall in Afrika. Das ist aber wesentlich für eine funktionierende Gesellschaft“, so Meyer. Es sei ein wichtiger Entwicklungsindikator, welche Möglichkeiten Eliten hätten, sich auch außerhalb des staatlichen Sektors einzubringen.

Machterhalt

Darüber hinaus hätten politische Eliten auch Interessen, fuhr Meyer fort: Eine dieser Interessen sei der Machterhalt. Man sehe hier oft die negativen Seiten. Wichtig sei aber, dass eine Gesellschaft Institutionen brauche, die diesen Machterhalt kanalisieren. Die Kopplung des Machterhalts an Wahlen, Überwachung durch Parlament, Justiz und Rechnungshöfe seien Möglichkeiten dafür. Aber auch Zivilgesellschaft und Medien spielten eine Rolle. Das sei keine leichte Aufgabe. Die Win-Win-Situation sei letztendlich, wenn politische Eliten für diesen Machterhalt eine reformorientierte Politik betrieben.

Jedoch könne man nicht davon ausgehen, dass afrikanische Eliten, die an der Sorbonne in Paris oder der Humboldt Universität in Berlin studiert und dort ein komplexes, modernes Weltbild kennen gelernt hätten, dieses nach ihrer Rückkehr nach Afrika eins zu eins umsetzen könnten. Dennoch: Der Staat brauche kreative Kräfte. Hier sei ein zusätzliches Problem, dass Entwicklungsorganisationen für ihre eigene Arbeit gutes Personal abwürben.

Eigene Einnahmen

Die Entwicklungspolitik müsste aber noch an einem weiteren Punkt ansetzen, so Meyer: „Wir haben in vielen afrikanischen Ländern das große Problem, dass die Einnahmen zu stark von Entwicklungshilfemitteln abhängen.“ Steuereinnahmen zu ermöglichen, die staatlichen Einnahmen zu erhöhen, sei aufgrund der Größe des informellen Sektors jedoch nicht einfach. „Das ist eine riesige Aufgabe, aber daran müssen wir als Entwicklungspolitik auch weiter arbeiten“, so Meyer. Denn wer einmal Steuern bezahle, der wolle sehen, was mit diesen Steuermitteln passiere. Letztendlich würden die Probleme in Afrika nur gelöst, wenn es einen funktionierenden Wirtschaftssektor gebe und es für Eliten interessant würde, in die Privatwirtschaft zu gehen, ein Unternehmen aufzubauen oder ähnliche Dinge zu tun. Allein die Privatwirtschaft, wie es beispielsweise der kenianische Ökonom James Shikwati fordere, würde allerdings die Probleme in Afrika nicht lösen. „Die Privatwirtschaft wird kein Bildungssystem und kein Gesundheitssystem helfen aufzubauen. Sie kann einen Beitrag leisten an dieser oder der anderen Stelle“, so Meyer.

Wirtschaft und Ethik

Tumenta F. Kennedy, Programmdirektor des Wittenberg-Zentrums für Globale Ethik, ergänzte die Debatte um einige wirtschaftsethische Gesichtspunkte. Zunächst jedoch hob er hervor, wie die afrikanischen Staaten sich mit Kräften an Modernisierungsprozessen beteiligen. Die afrikanischen Eliten hätten mit dem Entwicklungsprogramm der Afrikanischen Union „New Partnership for Africa's Development“ im Jahr 2001, dem so genannten NEPAD-Prozess, ein Signal in die Welt gesendet. Die Eliten Afrikas haben zumindest im 21. Jahrhundert ein neues Selbstbewusstsein erlangt. Sie versuchen, afrikanische Probleme mit afrikanischen Partnern zu lösen. Natürlich müssten die afrika-



nischen Regierungen ihre Hausaufgaben machen. Sie müssten herausfinden, wo ihre jeweiligen Kompetenzen seien, wo die jeweiligen komparativen Vorteile lägen. NEPAD sei jedoch eine Philosophie, eine Vision. „Und Visionen und Philosophien sind Wegweiser, sie geben auch Orientierungsrichtung!“, bekräftigte Kennedy.

Für die wirtschaftliche Entwicklung Afrikas forderte Kennedy moralische Grundsätze: Man brauche Unternehmen, die sich letztlich auch in ihrem eigenen Interesse für die gesamte Gesellschaft engagierten. „Investieren in die gesellschaftliche Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil – was bedeutet das?“ Man finde die Antwort in jeder Religion, so Kennedy: investieren in Bildung, investieren in Zukunftschancen, die Bereitschaft zum Diskurs über Verantwortung. Sein Hauptanliegen bezüglich politischer Reformen galt dem Punkt, das bestehende Solidaritätsprinzip in moderne staatliche Institutionen zu übersetzen. Nur dann könnten die Menschen in Afrika frei und wettbewerbsorientiert handeln. Das deutsche Sozialversicherungssystem sei ein Beispiel dafür, wie Solidarität in Institutionen verlagert werden könne.

Afrikaner für Afrikaner

Im Gegensatz zu seinem Vorredner Grey Okute, der ein positives Beispiel für eine afrikanische Diaspora-Organisation vorstellte, äußerte Kennedy harsche Kritik an vereinzelt Diaspora-Vereinigungen. In der EU gebe es viel Geld für solche Organisationen. Doch die Diaspora-Vertreter gründeten damit zum Teil eigene Unternehmen. Sie nähmen das Geld und verschwendeten es. Kennedy sprach diesbezüglich von einer Doppelmoral: „Das muss auch von einem Afrikaner einmal gesagt werden. Teilweise bin ich auch schon selbst von europäischen Partnern angesprochen worden, die mich dazu aufforderten. Gründen Sie etwas, gründen sie irgendetwas! Das Geld ist da!“, so Kennedy.

Die Diaspora-Vertreter, die in Deutschland lebten, hätten viel Potential, könnten einen großen Beitrag für ihre Heimatländer leisten, müssten jedoch auch in einen Lernprozess eintreten, wenn sie in ihre Heimat zurückkehrten. Er beschrieb die Situation mit der Formel „Triple-x-hoch-zwei-Ignoranz: Sie wissen nicht, dass sie nicht wissen, dass sie nicht wissen, dass sie die Realität in ihrer Heimat schon verloren haben.“ Diese Formel gelte jedoch auch für die Menschen in Afrika selbst: Sie wüssten nicht, dass sie nicht wüssten, dass sie nicht wüssten, dass sie immer abhängig blieben von dem, was von außen kommt. Sie sähen die Diaspora, Entwicklungshilfe wie auch die Unternehmen, die aus Deutschland nach Afrika gingen als Weihnachtsbäume. Viele Menschen in Afrika glaubten, sie bekämen Unterstützung geschenkt. „Das bedeutet, hier muss ein Lernprozess von beiden Seiten eingegangen werden“, so Kennedy.



AUSGEWÄHLTE PUBLIKATIONEN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG ZUR ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT UND AFRIKA

- Elitenkooperation und Entwicklungszusammenarbeit, Sankt Augustin/Berlin, 2008
- The European Union and Africa: Emerging priorities, opportunities and challenges, European Dialogue Papers, Democracy and Development, Volume XI. hrsg. vom Europabüro Brüssel der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2008
- Think Thank-Kooperation der Konrad-Adenauer-Stiftung im Rahmen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit, Sankt Augustin/Berlin, 2008
- Wahlers, Gerhard: Budgethilfe als Instrument der Entwicklungszusammenarbeit, Wirkungen und Herausforderungen in Ghana, Mosambik, den Palästinensischen Autonomiegebieten und Vietnam Sankt Augustin/Berlin, 2008
- Partnerschaft und Eigenverantwortung. Thesenpapier zur Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika, Sankt Augustin/Berlin, 2007
- Review of Provinces and Local Governments in South Africa, Johannesburg, 2007



**Konrad
Adenauer
Stiftung**

Herausgeber

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Rathausallee 12
53757 Sankt Augustin

Texte

Carina Körner

Redaktion

Andrea Kolb
Dr. Hardy Ostry

Fotos

Christian Echle
Henning Lüders

© 2009

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ISBN 978-3-940955-44-9

www.kas.de



KAS-Auslandsinformationen.

Monatszeitschrift für internationale Fragen, Außenpolitik und Entwicklungszusammenarbeit, hrsg. von Gerhard Wahlers, ISSN 0177-7521

www.kas.de/auslandsinformationen

Die englische Ausgabe der Zeitschrift erscheint online im englischsprachigen Angebot auf www.kas.de